

Bern, 22. September 2014

## Medienmitteilung

### Die Unternehmenssteuerreform III auf das Notwendige beschränken

#### FDP will rasche Reform und international gleich lange Spiesse für die Schweiz

---

**Der Bundesrat hat heute seine Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) präsentiert. Für die Schweiz steht ihre steuerliche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Spiel. Damit diese auch zukünftig gesichert bleibt, will FDP.Die Liberalen die Reform auf das Notwendige beschränken. Im internationalen Wettbewerb müssen gleich lange Spiesse gelten. Die vielen in der Schweiz ansässigen internationalen Unternehmen sollen hier verbleiben können, sonst gehen wichtige Arbeitsplätze verloren. Deshalb muss rasch Rechts- und Planungssicherheit geschaffen werden.**

Die USR III muss die in die Kritik geratenen Statusgesellschaften durch international anerkannte Instrumente ersetzen. Für FDP.Die Liberalen ist zentral, dass die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gewährleistet bleibt. Internationale Unternehmen sind von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung für die Schweiz, die beträchtliche Steuereinnahmen abliefern und Arbeitsplätze schaffen.

#### Rasche Reform mit Fokus auf das Wesentliche

Nichtstun käme die Schweiz teuer zu stehen, denn hochmobile internationale Unternehmen würden wegziehen. Die Reform ist vordringlich, jede Verzögerung schafft Rechts- und Planungsunsicherheit. Die Reform muss sich auf die notwendigen Punkte beschränken, welche die Attraktivität des Schweizer Standorts im internationalen Kontext sichert: Lizenzboxen, eine zinsbereinigte Gewinnsteuer auf Sicherheitseigenkapital, die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital sowie eine Übergangslösung für die Unternehmen („Step-up“).

#### Statt neue Steuern: Strukturelle Überschüsse einsetzen

Die finanziellen Auswirkungen der USR III werden sich durch diese zielgerichteten Ersatzmassnahmen im Rahmen halten. Trotzdem werden sich viele Kantone wohl gezwungen sehen, ihre Gewinnsteuersätze anzupassen. Eine angepasste Einnahmenteilung zwischen Bund und Kantonen kann dies ausgleichen, zumal die Gewinnsteuern der Unternehmen seit Jahren zunehmend zu den Bundeseinnahmen beitragen. Allfällige Steuerausfälle sind daher durch strukturelle Überschüsse des Bundeshaushaltes zu finanzieren und nicht – wie vom Bundesrat gefordert – über neue Steuern.

Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – **aus Liebe zur Schweiz.**

## Kontakt:

- › Philipp Müller, Präsident FDP.Die Liberalen, 079 330 20 79
- › Martin Schmid, Ständerat, 079 230 02 03
- › Karin Keller-Sutter, Ständerätin, 071 244 18 84
- › Ruedi Noser, Nationalrat, 076 355 66 64
- › Andrea Caroni, Nationalrat, 079 688 96 50
- › Pia Guggenbühl, Kommunikationschefin, 079 566 60 10
- › Aurélie Haenni, Pressesprecherin, 079 315 78 48